

GESUNDHEIT

Kassen zahlen weiter

Nach Protesten von Patienten rechnen einige Krankenversicherungen Leistungen teilweise wieder nach alter Praxis ab. So wird etwa die DAK bestimmte Fahrten ins Krankenhaus oder zu Ärzten wie bisher bezahlen. Auch einige AOK wollen Fahrten weiterhin erstatten. Unterschiedliches Vorgehen der Kassen ist möglich, weil es zwar neue Gesetzesbestimmungen, aber noch keine detaillierten Richtlinien für Krankentransporte gibt. Mit der Gesundheitsreform sollten Taxi-, Behinderten- und Krankenfahrten radikal reduziert werden; Berlin wollte auf diese Weise rund eine halbe Milliarde Euro einsparen. „Für einige Patienten kommen aber auf diese Weise unglaubliche Summen zusammen“, sagt DAK-Sprecher Jörg Bodanowitz, deshalb zahle seine Kasse nach Einzelfallprüfungen das medizinisch Notwendige. Andere Kassen weigern sich, solche Krankenfahrten zu übernehmen. Fachleute raten den Patienten, sich bis zur Verabschiedung der neuen Richtlinien an die Geschäftsstellen der Kassen zu wenden.



Krankentransport



Gentechnik-Protest von Greenpeace in Berlin

GENTECHNIK

Handel schwenkt ein

Die deutschen Einzelhändler wollen ihre Lebensmittel-Eigenmarken gentechnikfrei halten. Das geht aus einem Einkaufsratgeber hervor, den Greenpeace diesen Mittwoch anlässlich der „Grünen Woche“ in Berlin präsentieren wird. Für den Ratgeber hat die Umweltschutzorganisation über 400 Lebensmittelhersteller und -händler zu ihrer Position in Sachen Gentechnik in Lebensmitteln befragt. Obwohl die Mehrheit der Konsumenten gentechnisch veränderte Lebensmittel ablehnt, wollten mehrere große Einzelhändler bislang keinen Verzicht unterschreiben.

Noch im September arbeitete Metro an einer Kommunikationsstrategie, um sich „dem Druck von Greenpeace“ nicht zu beugen. Inzwischen allerdings sind alle eingeschwenkt und von Greenpeace mit „grün“ (Zusicherung der Gentechnikfreiheit) oder zumindest mit „gelb“ (Bemühung, das Ziel zu erreichen) bewertet worden. Nur unter den Markenproduzenten gibt es einige, die solche Erklärungen nicht abgeben wollten und auf die rote Liste kamen. Dazu gehört auch der kürzlich aus Steuerspargründen in die Schweiz verzogene Milch-Multi Theo Müller.

AFFÄREN

Bender in der Bredouille

Bei den seit über einem Jahr andauernden Korruptionsermittlungen der Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen Mitarbeiter und Ex-Angestellte des größten deutschen Flughafenbetreibers Fraport AG geraten nun erstmals auch prominente Vorstandsmitglieder ins Visier der Behörden. Wie bereits im vergangenen Herbst bekannt wurde, beschuldigt der Frankfurter Oberstaatsanwalt Wolfgang Schuppensteiner mehrere Fraport-Angehörige, bei der Zahlung von Schmiergeldern mitgewirkt zu haben,

um den Zuschlag für die Modernisierung des usbekischen Flughafens in Taschkent zu ergattern (SPIEGEL 44/2003). Nun wurde das Ermittlungsverfahren wegen Bestechung (Aktenzeichen 7730 Js 225929/02) auf Fraport-



Bender, Schölch

Vorstandschef Wilhelm Bender und seinen Vize Manfred Schölch ausgeweitet. Dreh- und Angelpunkt der Vorwürfe ist eine Vorstandsvorlage, welche die Fahnder bei einer Durchsuchungsaktion sicherstellten. In einer Grafik werden sogenannte nützliche Aufwendungen ausdrücklich erwähnt, obwohl die Zahlung solcher Bakschisch-Gelder im Ausland seit Februar 1999 auch hier zu Lande strafbar ist. Die Staatsanwaltschaft wollte die Ermittlungen gegen Bender und Schölch Ende vergangener Woche weder bestätigen noch dementieren. Auch die Fraport AG lehnt jede Stellungnahme unter Verweis auf die laufenden Untersuchungen ab.